

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 25.03.2009

Gentechnikfreies Niedersachsen durchsetzen - Gentechnikfreie Produkte für Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleisten

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Landesregierung muss Vorsorge treffen, damit alle Bäuerinnen und Bauern in Niedersachsen, konventionell oder biologisch wirtschaftend, auf Dauer gentechnikfrei produzieren können.

Nachdem auch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und das Bundesumweltministerium die nationalen Anbauverbote bei den Abstimmungen im Ministerrat in Brüssel unterstützt haben und sich für ein Verbot von Mon 810 einsetzen, sollte auch das Agrarland Niedersachsen eine klare Beschlusslage in Sachen Agro-Gentechnik herbeiführen, um seine Ernährungswirtschaft vor Schäden zu schützen, Tourismuseinbußen zu vermeiden und dem Wunsch fast aller Verbraucherinnen und Verbraucher Rechnung zu tragen.

Die europäischen Länder Österreich, Ungarn, Frankreich, Griechenland, Polen und Italien haben vorgemacht, welcher Handlungsspielraum innerhalb der EU besteht, um den Umwelt- und Verbraucherschutz ernst zu nehmen. Alle diese Länder verbieten den Anbau des gentechnisch veränderten Mais Mon 810 oder haben ein Moratorium ausgesprochen. Es gibt mehrere Gutachten die belegen, dass dieser transgene Mais nicht unbedenklich ist.

- Der Landtag Niedersachsen spricht sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen aus.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen und alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, Niedersachsens Landwirtschaft gentechnikfrei zu halten und den Anbau sowie die Freisetzung im Freiland bereits dieses Jahr vor der Aussaat grundsätzlich zu untersagen.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner im Hinblick auf ein Verbot des Verkaufs und der Aussaat der gentechnisch veränderten Maissorte Mn 810 zu unterstützen.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf EU-Ebene gegen eine Neuzulassung von Mon 810 und gegen die erstmalige Zulassung der gentechnisch veränderten Maissorten Bt 11 und 1507 von Syngenta bzw. Pioneer einzusetzen.

Begründung

Bisher haben sich bundesweit bereits über 28 000 Landwirtinnen und Landwirte mit über 1 Millionen Hektar Land zu gentechnikfreien Regionen zusammengeschlossen.

Die Agro-Gentechnik liegt im wirtschaftlichen Interesse einiger weniger Konzerne und soll gegen den Willen der großen Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Landwirtinnen und Landwirte durchgesetzt werden.

Einmal in die Umwelt entlassene gentechnisch veränderte Organismen (GVO) können nicht mehr zurückgeholt werden. Die Auswirkungen auf andere Tiere und Pflanzen sowie Bodenlebewesen sind bisher nicht abschätzbar. Mon 810 von der Firma Monsanto ist die bisher einzige zum kommerziellen Anbau zugelassene GV-(gentechnisch veränderte)Pflanze in der EU. Die Hersteller des

Gen-Mais-Saatgutes sichern sich mit der Agro-Gentechnik, Saatgut und Pestiziden ihre Milliardenumsätze. Schlossen sich noch mehr europäische Länder dem Anbauverbot an, so könnte Europa die Chance nutzen, als gentechnikfreie Region Zukunftsmärkte zu sichern.

Als abschreckendes Beispiel sei hier der kanadische Honig genannt. Obwohl Kanada mit seinen unendlichen Weiten genug Platz hätte, Freiräume ohne Gentechnik zu schaffen, ist dies nicht gelungen. Die Auswirkungen des Gentech-Anbaus beeinflussen die gesamte kanadische Landwirtschaft. Daher gibt es keinen gentechnisch unbelasteten Honig aus Kanada mehr.

Der Honig in allen deutschen Discountern ist (laut Öko-Test) gentechnisch belastet, da dieser durch Importhonig verunreinigt ist. Bei transparenter Verbraucherinformation wird Kanada in Zukunft keinen Honig mehr exportieren können.

Es ist viel schwieriger im kleinstrukturierten Deutschland, Qualitätsprodukte gentechnikfrei zu behalten! - Bisher hat es in Niedersachsen keine nennenswerte Anwendung der Agro-Gentechnik gegeben. Es besteht daher noch die Möglichkeit, das ganze Bundesland frei zu halten.

Niedersachsen kann sich dabei am Beispiel von Bayern orientieren: Bayern soll nach dem Willen von Umweltminister Markus Söder (CSU) zur gentechnikanbaufreien Zone werden. „Wir wollen keine kommerzielle Nutzung der grünen Gentechnik in Bayern“, sagte Söder laut Angaben des *Deutschen Depeschendienstes (ddp)* am 10. Februar 2009 nach einer Kabinettsitzung in München. „Bayern müsse selbst entscheiden können, was auf bayrischen Feldern angebaut werde. Diese Haltung sei nun erstmals in einem Beschluss der Staatsregierung manifestiert worden“, betonte Söder. „Gentechnik-Forschung solle nur noch im Gewächshaus stattfinden. Das Kabinett und Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) stünden hinter dem Anliegen.“

Gentechnik bringt Probleme für viele und viel Geld für wenige. Die Risiken sind weder ausreichend erforscht noch abschätzbar.

Ein Miteinander von Gentechnikanbau und gentechnikfreier Landwirtschaft ist nicht möglich.

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin